

NRW will EU-Milliarden für Stammzellforschung

Landesregierung will die Forschung stärker bündeln – „Kompetenznetzwerk Stammzellforschung“ startet im April

von Horst Schumacher

Nach dem Bundestagsbeschluss für einen begrenzten Import menschlicher embryonaler Stammzellen will Nordrhein-Westfalen sich einen Spitzenplatz in der adulten und embryonalen Stammzellforschung sichern. In einem „Kompetenznetzwerk Stammzellforschung“ wird die Landesregierung die Forschungsaktivitäten an den derzeit bereits acht Standorten eng zusammenbinden und so EU-Fördergelder in Milliardenhöhe nach NRW zu holen versuchen.

Bundesweit einmalig

Dem Land gehe es darum, „strategische Forschungsschwerpunkte als Standortfaktor zu etablieren“, sagte NRW-Wissenschaftsministerin Gabriele Behler. Sie stellte das Netzwerk zwei Tage nach der Stammzell-Entscheidung des Bundestages Ende Januar in Düsseldorf vor. Das nach Angaben der Ministerin bundesweit einmalige Netzwerk soll für einen ständigen Informationsaustausch zwischen den Projekten zur Stammzellforschung sorgen. Auch werde der Verbund entscheidend dazu beitragen, „die notwendige gesellschaftliche Kontrolle und Akzeptanz“ für die Stammzellforschung zu garantieren, so Behler.

Das NRW-Netzwerk, das Mitte April offiziell starten wird, soll vor allem EU-Forschungsgelder ins Land holen. Im Jahr 2003 läuft das 25,8 Milliarden Euro schwere 6. Forschungsrahmenprogramm der EU an. Die Lebenswissenschaften („Life Sciences“) sollen darin einen „wesentlichen Schwerpunkt“ bil-

den. Behler hofft auf eine „möglichst umfassende“ Beteiligung der NRW-Wissenschaft. Miteinander verbundene Projekte – auch internationale Kooperationen – besitzen nach den Worten der Ministerin wesentlich bessere Förderchancen als einzelne Forschungsanträge.

Führend in Biotechnologie

Nach Behlers Angaben ist NRW heute bereits führend in der Biotechnologie; in den Lebenswissenschaften insgesamt verfüge es über „hervorragende Ansätze“. Bei einer Bestandsaufnahme zur Gründung des Stammzellforschungs-Netzwerks gingen 70 Projektskizzen beim Wissenschaftsministerium ein. Nur zwei Projekte – in Köln und Bonn – wollen mit embryonalen Stammzellen arbeiten, die übrigen 68 Projekte befassen sich mit der ethisch unbedenklichen adulten Stammzellforschung.

Das „Kompetenznetzwerk Stammzellforschung“ hat zwei gleichberechtigte Säulen: Eine bio-medizinische und eine ethisch-rechtlich-sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft. Führende Stammzellforscher aus NRW werden in regelmäßigen Treffen untereinander Ergebnisse austauschen und über deren Bedeutung dis-

kutieren. Auch beispielsweise um Nachwuchsförderung und Forschungsanträge soll es in der bio-medizinischen Arbeitsgruppe gehen. Darüber hinaus werden die Forscher ihre Erkenntnisse und Pläne mit Philosophen, Juristen, Sozialwissenschaftlern und Theologen unter ethischen und juristischen Gesichtspunkten beleuchten.

Federführend für die ethisch-gesellschaftlichen Themen ist Professor Dr. Ludger Honnefelder vom Institut für Wissenschaft und Ethik der Universität Bonn.

Ein Beirat mit „anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ – etwa Vertretern von Kirchen oder Patienten – soll die Arbeit begleiten. Die Mitglieder des Beirats will Ministerin Behler im April vorschlagen, ebenso die Mitglieder des Netzwerk-Vorstandes und eines Lenkungskreises, in dem auch das Gesundheitsministerium und das Wirtschaftsministerium vertreten sind. Eine Geschäftsstelle der Landesregierung soll die Arbeit koordinieren.

Die politische Debatte um das Für und Wider der Stammzellenforschung ist nach Überzeugung von Ministerin Behler mit dem Bundestagsbeschluss nicht beendet. Daher gelte es, die weitere Entwicklung öffentlich und transparent zu halten, um einen „breiten gesellschaftlichen Rückhalt“ für die Forschung zu haben. Die Arbeitsergebnisse des gesamten Netzwerks sollen jährlich öffentlich präsentiert werden. Darüber hinaus sind Workshops der einzelnen Gruppen des Netzwerks geplant. Dabei sollen auch „gesellschaftlich relevante Gruppen“ angehört werden.



NRW-Wissenschaftsministerin Gabriele Behler will „strategische Forschungsschwerpunkte als Standortfaktor etablieren“.
Foto: MSWF